



Hannover, 05.12.11

Protokoll der Studentischen Vollversammlung 23.11.2011

Anwesenheit: 243 Studierenden

ProtokollantIn: Britta (AStA)

Beginn: 15:16 Uhr

TOP 0 Begrüßung/Ständiges

Fabian vom AStA begrüßt die anwesenden Studierenden.

Er schlägt vor, Rieke, ehemalige Studentin, AStA-Referentin und -Sachbearbeiterin, sowie Debby, ehemalige AStA-Referentin und eingeschriebene Studentin, die Moderation zu übertragen. Dies wird einstimmig angenommen.

Die Moderatorinnen stellen die Gesprächsregeln entlang der gängigen Regeln im StuRa vor.

Die Tagesordnung wird in vorgeschlagener Struktur angenommen.

TOP 1 Mitteilungen des AStA

Der AStA wird vorgestellt: er besteht aus neun Referent_innen sowie diverser Sachbearbeiter_innenstellen, die vom StuRa als exekutives Organ der Verfassten Studierendenschaft gewählt wird.

Fabian vom AStA weist auf die AStA-HP (www.asta-hannover.de), die Facebookpräsenz (AStA Uni Hannover) sowie die AG Bildung, die sich jeden Donnerstag um 18:30 offen im AStA trifft, hin.

TOP 2 Unistrukturereform

Die Unistrukturereform wird vorgestellt. Die Unistrukturereform ist eine vom Präsidium vorgeschlagene Umstrukturierung der Universität. Die Institute sollen abgeschafft werden und an ihre Stelle größere Departments treten. Zusätzlich soll die Neustrukturierung eine Reduktion von 9 auf 5 Fakultäten schaffen.

Die Zentralverwaltung könnte Studierenden längere Wege beschaffen (Beispiel staatswissenschaftliche Fakultät: Jura, Wiwi, Sozialwissenschaften; eine Zentralverwaltung könnte beispielsweise am Conticampus eingeführt werden und Sowis und Polwis längere Wege beschaffen).

Weitere Punkte sind in der Präsentation zur Vollversammlung nachzulesen.

Nachfragen:

Gibt es eine offizielle Erklärung des Präsidiums dazu, weshalb die Strukturreform durchgeführt werden sollte?

→ Das Präsidium möchte die Strategiefähigkeit vergrößern, d.h. einen größeren Einfluss nehmen können. Zusätzlich wird der Wunsch nach einer besseren Verwaltungsstrukturierung angebracht.

Information, dass Lehramtsstudierende außerhalb ihrer Departments nicht studieren dürfen, momentan studierende diese oft an mehreren Insituten.

→ Seitens des Präsidiums wird gesagt, dass nichts verschlechtert werden soll; hierbei ist es natürlich auch schwierig einzuschätzen, was dies bedeutet.

Was können wir jetzt dagegen tun, außer darüber zu diskutieren?

→ Bis jetzt hat der StuRa schon darüber diskutiert. Alle Dekane sind zurzeit gegen die Strukturreform stellen und wenn sich heute ein Beschluss ergibt und die Studierenden sich weiter aktiv beteiligen, ist die Möglichkeit einer Umsetzung gar nicht so schlecht.

Die Diskussionsform wird kritisiert. Es sollte auch überlegt werden, ob man das auch will oder nicht und sich mehr Leute beteiligen.

Ein Student kritisiert die Informationspolitik und sagt, dass er die Thematik gar nicht überschauen kann. Für ihn kommt das Gefühl hoch, dass es eher gegen das Präsidium als gegen die Strukturreform ohne Pläne.

→ Ehemaliger AStA-Referent sagt, dass das Präsidium vor allem nach einem Vorschlag der NTH folgen. Die Informationspolitik des Präsidiums ist seiner Meinung nach gewollt.

Die Strukturreform ist laut einem Studenten schon jetzt gegen die Interessen der Studierenden. Unabhängig von der jetzigen Strukturreform sollte weiter darüber gedacht.

Eine Studentin der PhilFak, Mitglied des FR Polwi, berichtet von ihren Erfahrungen im FSR, selbst dort wussten viele Studierende nichts davon. Der Beschluss zur Umstrukturierung soll allerdings gegen Ende des Semesters schon getroffen werden. Es sollte ein Zeichen geben, dass solche Beschlüsse nicht über unsere Köpfe beschlossen werden können und sollten.

Ein ehemaliger Student sagt, dass eine Umstrukturierung vielleicht auch räumliche Konsequenzen (Verlegung von Fachbereichen) sowie Abbau von Lehrpersonal, Studienplätzen und auch eine andere fachliche Ausrichtung nach sich ziehen können. Er sagt, dass die Studierenden in Hannover schon jetzt mit Studiengebühren mehr als gut bedient sind. Er schlägt vor, Protestaktionen im Senat o.ä. durchzuführen.

→ Richtigstellung durch eine Studentin: es wird nicht räumliche Verlagerungen geben, nur die Verwaltungseinheiten werden zentralisiert.

Ein Student des FR Philosophie fragt nach, ob überhaupt noch gekippt wird. Er fragt nach, was überhaupt gemacht werden soll. Zusätzlich habe seine Fachschaft keinerlei Informationen erhalten.

→ Nachtrag: es wurde informiert, unter anderem über den FSR-Verteiler.

Nachfrage einer Studentin, wie viele Departments es pro Fakultät geben soll?

→ Das ist noch nicht klar, allerdings scheint es sich auf etwa drei pro Fakultät einzupendeln.

Student bittet den wissenschaftlichen Aspekt einzubringen. Beispielsweise Geschichte, Religionswissenschaft sowie Theologie: Religionswissenschaft sieht sich nicht als Geschichtswissenschaft, eher sozialwissenschaftliche Ausrichtung in Hannover.

Ein Student fragt nach den studentischen Senatoren.

Da beide nicht da sind, stellt er ihre Eignung für das Amt in Frage.

Ein Student sagt, solange keine Informationen da sind, sollte man gegen die Umstrukturierung sein, da man sonst nicht entscheiden kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Thema schon in den nächsten Senatssitzung verabschiedet wird.

Ein Student mit wirtschaftlicher Vorbildung sagt, dass es sich hier vor allem darum geht, eine mittlere Ebene auszuschalten.

Studentin fragt, durch welche Gremien die Strukturreform muss?

→ Das Präsidium kann alleine entscheiden, der Senat hat empfehlende Funktion.

Ende der Redeliste

Antrag:

Es wird darauf hingewiesen, dass nur der Antragstext und nicht die Begründung abgestimmt wird.

„Wir fordern den sofortigen Stop der Bestrebung zur aktuellen Strukturreform!“

Änderungsvorschläge:

Änderungsantrag 1: *„Wir fordern die Einbindung studentischer Gremien in die Entscheidungsfindung bzgl. der Strukturreform. Bis dahin fordern wir den sofortigen Stop der Bestrebung zur aktuellen Strukturreform“*

→ Wenn studentische Einbindung, dann nur für einen komplett neuen Vorschlag und nicht in der Weiterführung dieser Strukturreform.

Es wird gefragt, wieso die Begründung nicht mit abgestimmt wird.

→ Lange Diskussionen über Begründungstexte, es geht vor allem um eine Forderung. Es wird auch nicht gesagt, dass die Vollversammlung diese Begründung

Es wird ein Antrag auf Schließung der Redeliste gestellt.

Abstimmung

– über Änderungsantrag 1:

Ja 73

Nein 78

→ abgelehnt

– Originalantrag

→ wird mit deutlicher Mehrheit angenommen.

TOP 3 Studieren, ja wie denn?

Das Verfahren wird vorgestellt: es soll nun vorerst eine Präsentation dargestellt werden, danach eine weitere Sammlung von Stichpunkten gegeben.

Ursprüngliche Idee ist, einen Forderungskatalog aufzustellen, um dann eine gemeinsame Position zu finden.

Forderungskatalog:

„Wir fordern eine Mastergarantie für alle Bachelorstudierenden; Abschaffung der Zugangsquoten für Masterstudiengänge, keine NC-Bestimmungen.

Wir fordern die Abschaffung von Anwesenheitslisten an allen Fakultäten und rufen alle Studierenden im Dezember zum Listenklau auf.

Wir fordern: Der Mittwochnachmittag muss Gremientag bleiben. Keine Lehrveranstaltungen am Mittwoch nach 15 Uhr. Die Demokratische Mitbestimmung an der Hochschule stärken.

Wir fordern die gleiche Anzahl stimmberechtigter Mitglieder im Senat nach Statusgruppen (Studierende, wiss. Mitarbeiter_innen, Mitarbeiter_innen in Technik und Verwaltung, Hochschullehrende).

Wir fordern selbstverwaltete und selbstbestimmte Räume, die ein studentisches Miteinander möglich machen.

Wir fordern Platz für alle. Alle Studierenden müssen die Möglichkeit bekommen an ihren Veranstaltungen teilnehmen zu können, ohne auf dem Boden sitzen zu müssen oder vor der Tür zu stehen.

Wir fordern Elternunabhängiges BAföG ohne Alters- und Semesterbegrenzung und ohne Rückzahlungspflicht.

Wir fordern die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, sowie aller anderen

Bildungsgebühren.

Wir fordern den Erhalt der Universität Hannover als Volluniversität. Wir fordern die Wiedereinführung kürzlich abgeschaffter Studiengänge und Verbreiterung des Lehrangebots.

Wir fordern ein freies und selbstbestimmtes Studium. Wir fordern, dass Lehrinhalte und deren Umfang frei wählbar sind und Studierende selber, welche Veranstaltungen sie besuchen wollen.

Wir fordern eine öffentliche und ausreichende Finanzierung des Bildungssektors.“

Nachfragen:

Wird jeder Punkt einzeln diskutiert?

→ Vorschlag: erst eine allgemeine Diskussion mit evt. noch neuen Vorschlägen und dann Diskussion und Abstimmung der einzelner Punkte.

Einige Punkte richten sich an die Landesregierung, Bund usw., wie wird das mitgeteilt?

→ Der AStA wird sich darum kümmern, die einzelnen Punkte den Gremien bzw. Strukturen zuzuordnen.

Was wird unter Bildungsgebühren verstanden?

→ Studienbeitrag, Verwaltungsgebühren usw.

Wie wird die Idee mit dem BAföG gesehen?

→ s.unten

Mensaabdeckung bzw. -öffnungszeiten sollen mit aufgenommen werden.

Probleme bei der Umsetzung, wie soll beispielsweise die Bundesrepublik für das BAföG aufkommen.

Welche Anforderungen muss der Antrag erfüllen?

→ Es geht hier nicht darum, Anträge zu stellen, die morgen umgesetzt wird. Es geht eher darum zu zeigen, was sich die Studierendenschaft in Hannover im Idealfall wünscht.

→ Konkrete Maßnahmen und Finanzierungsmodelle sollten nicht Teil unseres Antrags sein, sondern an anderen Stellen diskutiert werden.

→ Es gibt noch nicht so lange BAföG-Rückzahlungen, vorher wurde dies auch noch vom Staat getragen.

Antrag auf Schließung der Redeliste.

Es folgt Gegenrede, die Punkte sind noch nicht genau genug abgestimmt.

Abstimmung: Eindeutiges Ergebnis für Schließung der Redeliste.

→ Rückbezug auf Frage, wie die öffentliche Ausfinanzierung aussehen soll; es sollte darüber entschieden werden, was gemacht werden soll.

Weitere Vorschläge für den Forderungskatalog:

- Forderung nach klarer Trennung von Wirtschafts- und Universitätsinteressen
- Ablehnung von Rüstungsforschung an der Universität
- Behindertengerechtes Studium bzw. Studienorte.
- Prüfungszeiträume sollten auch eingehalten werden

→ Änderungsvorschlag: konsequenter Listenklau, nicht nur im Dezember
→ der AStA übernimmt diesen Vorschlag

Elternunabhängiges BAföG wird von einem Studenten als falsch angesehen.
Reiche Eltern sollten für ihre Kinder aufkommen.

→ Grundrecht auf Bildung gibt es, Bildungsgebühren unterwandern dies.

→ Vorschlag: Forderungen sollten nicht so überzogen sein, sondern realistisch, um auch von der Gegenseite angenommen werden.

Diskussion und Abstimmung der einzelnen Punkte:

„Wir fordern eine Mastergarantie für alle Bachelorstudierenden; Abschaffung der Zugangsquoten für Masterstudiengänge, keine NC-Bestimmungen.“

Diskussion:

Probleme mit der Garantie: es ist infrastrukturell nicht möglich, da man davon ausgehen könnte, dass sich mehr Studierende bewerben als es beispielsweise Bachelor- und daraus folgend Masterstudienplätze gibt (Studierende von fremden Unis)

An wen richtet sich die Mastergarantieforderung?

→ Es richtet sich natürlich auch insbesondere an die Uni, aber auch darüber hinaus.

Vorschlag: Auswahlgespräche anstatt Bachelorzulassungen nach Note.

→ Gegenrede: Bei Auswahlgesprächen könnte sich soziale Selektivität durchsetzen, da Studierende aus Elternhäusern, die besser vorbereitet haben, bevorzugt werden.

Heutzutage werden viele Bachelorabschlüsse als halbes Diplom angesehen, ein Master ist für diese Studierenden unabdingbar.

Wir sollten uns überlegen, was wir wollen und dürfen auch durchaus große Forderungen stellen.

Änderungsanträge:

Änderungsantrag 1: *„Wir fordern eine Mastergarantie für alle Bachelorstudierenden. Abschaffung von NC-Bestimmungen, dafür Einführung von Auswahlgesprächen, wenn der Andrang für einen Studiengang zu groß für die Kapazitäten ist.“*

Änderungsantrag 2: *„Wir fordern ein zugangsbereichsfreies Studium mit anschließendem Masterstudium.“*

Abstimmung:

→ Änderungsantrag 1 und 2 werden abgestimmt.

2 wird bestätigt, die Änderung wird vom AStA übernommen.

→ der Antrag wird mit der Mehrheit der Anwesenden angenommen.

„Wir fordern die Abschaffung von Anwesenheitslisten an allen Fakultäten und rufen alle Studierenden zum sofortigen und konsequenten Listenklau auf.“

Abstimmung: mit großer Mehrheit angenommen.

„Wir fordern: Der Mittwochnachmittag muss Gremientag bleiben. Keine Lehrveranstaltungen am Mittwoch nach 15 Uhr. Die Demokratische Mitbestimmung an der Hochschule stärken.“

Diskussion:

Bei der momentanen Raumknappheit, wie soll das klappen?

→ Eine Umstellung von heute auf morgen wird nicht klappen, allerdings muss man auch sagen, dass die letzten Jahre Gebäude abgetreten wurden und gleichzeitig Investitionen in Lichthof o.ä. Gemacht.

Ein Student bringt ein, dass es diesen Antrag gab und dieser nur noch nicht umgesetzt wurde.

Ein Student sagt, dass es ihm weniger wichtig sei, nach 18:00 Uhr keine Lehrveranstaltungen zu haben, als den Mittwoch auch für Gremien zu benutzen

Abstimmung: Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

„Wir fordern die gleiche Anzahl stimmberechtigter Mitglieder im Senat nach Statusgruppen.“

Diskussion:

Es wird erklärt, dass laut NHG in vielen Gremien nur zwei studentischer Vertreter_innen sitzen. Somit haben diese kaum Mitentscheidungsrecht.

Wird entlang der Zahlen der Betroffenen ausgerechnet werden, würden die

Studierenden überall die Mehrheit haben.

→ Student sagt, dass er es für nicht richtig ansieht, wenn die Professoren weniger Macht als die Studierenden zu haben.

→ Es gibt Beschluss von Bundesverfassungsgericht, dass es eine professorale Mehrheit geben muss.

Änderungsantrag 1: *„Die akademischen Gremien setzen sich prozentual nach den Statusgruppen zusammen.“*

Abstimmung: Originalantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

„Wir fordern selbstverwaltete und selbstbestimmte Räume, die ein studentisches Miteinander möglich machen.“

Diskussion:

Wo gibt es schon Räume studentischer Selbstverwaltung?

→ Hanomacke, Elchkeller, Cafét, Historikacafé, allerdings war auch der 14. Stock Contihochhaus studentisch verwaltet und ist es nun nicht mehr.

Änderungsantrag 1:

„Wir fordern selbstverwaltete und institutsnahe selbstbestimmte Räume, die ein studentisches Miteinander möglich machen.“

→ wird vom AStA übernommen

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

„Wir fordern Platz für alle. Alle Studierenden müssen die Möglichkeit bekommen an ihren Veranstaltungen teilnehmen zu können, ohne auf dem Boden sitzen zu müssen oder vor der Tür zu stehen.“

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig mit zwei Enthaltungen beschlossen.

„Wir fordern Elternunabhängiges BAföG ohne Alters- und Semesterbegrenzung und ohne Rückzahlungspflicht.“

Änderungsantrag 1: *„Wir fordern Elternunabhängiges BAföG ohne Alters- und Semesterbegrenzung.“*

→ Vorschlag: Semesterbegrenzung auch rausnehmen.

→ Gegenposition: das Studium sollte nicht unattraktiv werden, wenn man länger studiert.

→ Der Impuls ist richtig, sollte allerdings nicht über das Bildungssystem, sondern über Erbschaftssteuer o.ä. durchgesetzt wird.

Änderungsantrag 2: *„Wir fordern Elternunabhängiges ohne Altersbegrenzung.“*

Änderungsantrag 1, Abstimmung: mit der Mehrheit abgelehnt.

Änderungsantrag 2, Abstimmung: mit der Mehrheit, 51 Stimmen, abgelehnt.

Abstimmung: Originalantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

„Wir fordern die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, sowie aller anderen Bildungsgebühren.“

Abstimmung: mit überragender Mehrheit angenommen.

„Wir fordern den Erhalt der Universität Hannover als Volluniversität. Wir fordern die Wiedereinführung kürzlich abgeschaffter Studiengänge und Verbreiterung des Lehrangebots.“

Abstimmung: Einstimmig mit drei Enthaltungen angenommen.

„Wir fordern ein freies und selbstbestimmtes Studium. Wir fordern, dass Lehrinhalte und deren Umfang frei wählbar sind und Studierende selber, welche Veranstaltungen sie besuchen wollen.“

Diskussion:

Würde das bedeuten, dass der Abschluss nicht mehr vergleichbar ist?

→ Nach der Umstrukturierung der Studienfächer ist das gängig geworden, das Studium immer mehr einzuschränken.

Ist das denn nicht eine Forderung nach Abschaffung des Bachelor-/Mastersystem?

→ Es geht wahrscheinlich nicht einmal um das Bachelor-/Mastersystem sondern um freiere Bestimmung der Studieninhalte.

Man kann ja auch heute noch frei studieren, einmal ins Vorlesungsverzeichnis gucken.

Es wird gesagt, dass zwar eine Grundbasis als wichtig angesehen wird, aber trotzdem zu viel verschult ist.

Abstimmung: Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

„Wir fordern eine öffentliche und ausreichende Finanzierung des Bildungssektors.“

Diskussion:

Ausreichend durch ein stärker wirkendes Wort ersetzen, allumfassend wird vorgeschlagen.

Umfassend wird vorgeschlagen und vom AStA übernommen.

Änderungsantrag 1: „Wir fordern eine öffentliche und umfassende Finanzierung des Bildungssektors.“

Änderungsantrag 2: „Wir fordern eine öffentliche und überdurchschnittlich Finanzierung des Bildungssektors.“

Änderungsantrag 3: „Wir fordern eine öffentliche und dem Bedarf entsprechende Finanzierung des Bildungssektors.“

Änderungsantrag 4: „Wir fordern eine öffentliche und umfassende Finanzierung des Bildungssektors. Die Unterfinanzierung des Bildungssektors muss ein Ende haben.“

Änderungsantrag 4 wird vom AStA übernommen.

Abstimmung: der Antrag wird einstimmig abgenommen.

„Wir fordern: Eine angemessene Versorgung mit warmen und kalten Speisen über den gesamten Tag.“

Abstimmung: der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

„Wir fordern eine klare Trennung von Wirtschaft und Universität . Wirtschaftsinteressen dürfen keine Universitätsinteressen werden.“

Änderungsantrag 1: „Wir fordern eine klare Trennung von Wirtschaft und Universität . Wirtschaftsinteressen dürfen keine Universitätsinteressen werden. Die Drittmittelaquise darf nicht zweckgebunden an einzelne Institute oder Fakultäten vergeben werden, sondern direkt an die Universität.“

→ wird vom Antragssteller übernommen.

Diskussion:

Wieso soll dies gemacht werden? Gibt es keine Vorteile?

→ Der Antragssteller sagt, dass berechtigte Sorge besteht, dass die Freiheit der Forschung durch Wirtschaftsinteressen beeinflusst werden. Zusätzlich könnte es eine Beeinflussung in Richtung Verwertbarkeit von Studierenden geben.

Forschung macht doch vor allem Sinn, wenn es auch ein Interesse an Forschung gibt.

→ Durch Förderung kann aber auch der Studiengang bzw. dessen Inhalte beeinflusst werden.

Antrag auf Schließung der Redeliste.

Ein Zusatzantrag, hierbei wird für mehr Weitblick plädiert.

Änderungsantrag 2: „... Perspektivisch fordern wir die Überwindung des kapitalistischen Systems.“

Abstimmung: die Mehrheit ist für diesen Änderungsantrag.

Gesamtantrag:

„Wir fordern eine klare Trennung von Wirtschaft und Universität .
Wirtschaftsinteressen dürfen keine Universitätsinteressen werden. Die
Drittmittelaufgabe darf nicht zweckgebunden an einzelne Institute oder Fakultäten
vergeben werden, sondern direkt an die Universität. Perspektivisch fordern wir die
Überwindung des kapitalistischen Systems.“

Abstimmung: Der Gesamtantrag wird mit Mehrheit angenommen.

**„Wir fordern einen sofortigen Stopp sämtlicher Rüstungsforschung an der
Universität. Wissenschaft soll nicht dem Militär dienen.“**

Abstimmung: Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

„Wir fordern barrierefreie Zugänge zu Toiletten, Seminarräumen und Fluren.“

Änderungsantrag 1: „Wir fordern eine barrierefreie Universität.“

Barrierefreiheit sollte man nicht nur für Blinde und Rollstuhlfahrer_innen sehen,
sondern als gesamte Teilhabe für alle.

Abstimmung: Änderungsantrag 1 wird mit der Mehrheit der Stimmen bestätigt.

**„Wir fordern die Abschaffung der Anmeldepflicht für Prüfungen sowie für
zentral festgelegte Prüfungszeiträume.“**

Diskussion über die Anmeldepflicht:

In vielen Studiengängen ist eine automatische Abmeldung bei Nichterscheinen
möglich.

Frage, was Abschaffung festgelegter Prüfungszeiträume gemeint ist? Soll jetzt
jeden Tag eine neue Prüfung konzipiert werden?

→ Es geht hierbei vor allem darum, dass starre Prüfungszeiträume und
Korrekturzeiten abgeschafft werden soll.

Änderungsantrag 1: „Wir fordern die Abschaffung der formellen Anmeldepflicht für
Prüfungen sowie für zentral festgelegte Prüfungszeiträume.“

Abstimmung: mit der Mehrheit der Stimmen angenommen.

**„Wir fordern eine direkte Beschäftigung und eine vernünftige Bezahlung
sowie gute Arbeitsbedingungen aller Reinigungskräfte und Wachleute an der
Universität. Kein Outsourcing.“**

Änderungsantrag 1: „Wir fordern eine direkte Beschäftigung und eine vernünftige Bezahlung sowie gute Arbeitsbedingungen für jegliche Arbeitskräfte, besonders Reinigungskräfte und Wachleute an der Universität. Kein Outsourcing.“

→ wird vom Antragssteller übernommen.

Abstimmung: mit der Mehrheit der Stimmen angenommen.

Der beschlossene Forderungskatalog:

„Wir fordern ein zugangsbeschränkungsfreies Studium mit anschließendem Masterstudium.

Wir fordern die Abschaffung von Anwesenheitslisten an allen Fakultäten und rufen alle Studierenden zum sofortigen und konsequenten Listenklau auf.

Wir fordern: Der Mittwochnachmittag muss Gremientag bleiben. Keine Lehrveranstaltungen am Mittwoch nach 15 Uhr. Die Demokratische Mitbestimmung an der Hochschule stärken.

Wir fordern die gleiche Anzahl stimmberechtigter Mitglieder im Senat nach Statusgruppen.

Wir fordern weitere selbstverwaltete und institutsnah gelegene selbstbestimmte Räume, die ein studentisches Miteinander möglich machen.

Wir fordern Platz für alle. Alle Studierenden müssen die Möglichkeit bekommen an ihren Veranstaltungen teilnehmen zu können, ohne auf dem Boden sitzen zu müssen oder vor der Tür zu stehen.

Wir fordern Elternunabhängiges BAföG ohne Alters- und Semesterbegrenzung und ohne Rückzahlungspflicht.

Wir fordern die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, sowie aller anderen Bildungsgebühren.

Wir fordern den Erhalt der Universität Hannover als Volluniversität. Wir fordern die Wiedereinführung kürzlich abgeschaffter Studiengänge und Verbreiterung des Lehrangebots.

Wir fordern ein freies und selbstbestimmtes Studium. Wir fordern, dass Lehrinhalte und deren Umfang frei wählbar sind und Studierende selber entscheiden, welche Veranstaltungen sie besuchen wollen.

Wir fordern eine öffentliche und umfassende Finanzierung des Bildungssektors. Die Unterfinanzierung des Bildungssektors muss ein Ende haben.

Wir fordern: Eine angemessene Versorgung mit warmen und kalten Speisen über den gesamten Tag.

Wir fordern eine klare Trennung von Wirtschaft und Universität.

Wirtschaftsinteressen dürfen keine Universitätsinteressen werden. Die Drittmittelaquise darf nicht zweckgebunden an einzelne Institute oder Fakultäten vergeben werden, sondern direkt an die Universität. Perspektivisch fordern wir die

Überwindung des kapitalistischen Systems.

Wir fordern einen sofortigen Stopp sämtlicher Rüstungsforschung an der Universität. Wissenschaft soll nicht dem Militär dienen.

Wir fordern eine barrierefreie Universität.

Wir fordern die Abschaffung der formellen Anmeldepflicht für Prüfungen sowie für zentral festgelegte Prüfungszeiträume.

Wir fordern eine direkte Beschäftigung und eine vernünftige Bezahlung sowie gute Arbeitsbedingungen für jegliche Arbeitskräfte, besonders Reinigungskräfte und Wachleute an der Universität. Kein Outsourcing.“

Die Studentische Vollversammlung endet um 18:00.